



Regierung der Oberpfalz – 93039 Regensburg

Herr Matthias Herderich
Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft
und Medien, Energie und Technologie

80525 München

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht
3144j3a/34/1

Unser Zeichen
20.26-3093.0-1-1-6

E-Mail
heinrich.may@reg-opf.bayern.de

Bearbeiter(in)
Herr May

Telefon / Telefax
0941 5680-1380 / 9380

Regensburg
06.12.2017

Zimmer-Nr.
A 225

**Programm zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit Ziel ETZ Freistaat Bayern - Tsche-
chische Republik 2014 - 2020 (INTERREG V);
Verwaltungsvereinbarung**

Anlagen

1 Verwaltungsvereinbarung i. R.

Sehr geehrter Herr Herderich,

anbei übersende ich Ihnen eine von Frau Weidmann unterschriebene Ausfertigung der Verwaltungsvereinbarung.

Mit freundlichen Grüßen

Heinrich May

**Verwaltungsvereinbarung über die Durchführung des Programms zur
grenzübergreifenden Zusammenarbeit Freistaat Bayern – Tschechische Republik
Ziel ETZ 2014 – 2020**

zwischen

dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und
Technologie

Prinzregentenstraße 28

80538 München

Deutschland

vertreten durch den Leiter des Referates 52

Ministerialrat Matthias Herderich

und

der Regierung der Oberpfalz

– Sachgebiet 20 –

Emmeramsplatz 8

93039 Regensburg

vertreten durch die Leiterin des Sachgebiets 20

Ltd. Regierungsdirektorin Gudrun Weidmann

Präambel

Die Regierung der Oberpfalz und das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und
Medien, Energie und Technologie (im Folgenden „Vertragsparteien“) haben zur

Umsetzung des als „Programms zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Freistaat Bayern – Tschechische Republik Ziel ETZ 2014 – 2020“ bezeichneten und am 17.12.2014 mit der CCI-Nr. 2014TC16RFCB009 von der Kommission genehmigten Dokuments (im Folgenden „Kooperationsprogramm“) auf Grundlage

- der Verordnung (EU) Nr. 1301/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.12.2013 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und mit besonderen Bestimmungen hinsichtlich des Ziels „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“ und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1080/2006 (VO (EU) Nr. 1301/2013),
- der Verordnung (EU) 1299/2013 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 17.12.2013 mit besonderen Bestimmungen zur Unterstützung des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) (VO (EU) 1299/2013),
- der Verordnung (EU) Nr. 1300/2013 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 17.12.2013 über den Kohäsionsfonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1084/2006 (VO (EU) Nr. 1300/2013),
- der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 17.12.2013 mit gemeinsamen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds, den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds sowie mit den allgemeinen Bestimmungen über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Europäischen Sozialfonds, den Kohäsionsfonds und den Europäischen Meeres- und Fischereifonds und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1083/2006 des Rates (VO (EU) Nr. 1303/2013) und
- der nationalen Bestimmungen – insbesondere der Bayerischen Haushaltsordnung – folgende Vereinbarung getroffen:

Artikel 1

Ziel der Vereinbarung

Nach Art.123 Abs. 6, Abs. 7 der VO (EU) Nr. 1303/2013 können Tätigkeiten der Verwaltungsbehörde an so genannte „Zwischengeschaltete Stellen“ übertragen werden.

Mit Unterzeichnung dieser Vereinbarung übernimmt für den Regierungsbezirk Oberpfalz die

Regierung der Oberpfalz

– Sachgebiet 20 –

Emmeramsplatz 8

93039 Regensburg

die Funktion als Zwischengeschaltete Stelle der Verwaltungsbehörde für das Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Freistaat Bayern – Tschechische Republik Ziel ETZ 2014 – 2020 (im Folgenden „Programm Ziel ETZ 2014 – 2020“).

Artikel 2

Dauer und Umfang der Vereinbarung

Die Vereinbarung gilt für die gesamte Laufzeit des Programmes Ziel ETZ 2014 – 2020 und findet rückwirkend mit dem Beginn der Förderperiode, also dem 01.01.2014, Anwendung. Im Rahmen des Fördervollzuges kann entsprechend den aktuellen Gegebenheiten eine Anpassung bzw. Ergänzung dieser Vereinbarung erforderlich werden.

Diese Vereinbarung gilt für alle Projekte, die von der Zwischengeschalteten Stelle als so genannte antragsbearbeitende, Bewertungs-, mittelbindende und ausgabenprüfende

Stelle für den bayerischen Projektteil durchgeführt werden. Wird im Folgenden der Begriff Projekt verwendet, so bezieht sich dies in der Regel auf den bayerischen Projektteil. In Einzelfällen kann es sich auch auf das Gesamtprojekt beziehen.

Artikel 3

Aufgaben der Zwischengeschalteten Stelle

Der Regierung der Oberpfalz werden als Zwischengeschaltete Stelle nachfolgend beschriebene Aufgaben verantwortlich übertragen.

Die Regierung der Oberpfalz nimmt für Projekte in ihrem Zuständigkeitsbereich insbesondere die Aufgaben gemäß Art. 125 Abs. 3 Buchst. a, b, d, f, Abs. 4 Buchst. a und Abs. 5 der VO (EU) Nr. 1303/2013 wahr. Darüber hinaus unterstützt sie die Verwaltungsbehörde bei der Wahrnehmung weiterer Aufgaben gemäß Art. 125 der VO (EU) Nr. 1303/2013.

Die Wahrnehmung der Aufgaben erfolgt unter Berücksichtigung aller technischen, finanziellen und administrativen Aspekte, die für eine wirkungsvolle Verwendung der Mittel relevant sind.

Die Regierung der Oberpfalz als Zwischengeschaltete Stelle stellt insbesondere sicher,

- dass das zu finanzierende Projekt inhaltlich nach den für das Programm Ziel ETZ 2014 – 2020 geltenden sowie vom Begleitausschuss beschlossenen Projektauswahlkriterien förderfähig ist,
- dass während der Durchführung des Projekts die geltenden europäischen und bayerischen Rechtsvorschriften, einschließlich der Förderfähigkeitsregeln, die Beschlüsse des Begleitausschusses und die Bestimmungen des Rahmenvertrags für das Programm Ziel ETZ 2014 – 2020 in der jeweils gültigen Fassung beachtet werden. Bei nicht korrekter Verwendung der EFRE-Mittel kann es zu projektbezogenen Rückforderungen kommen,
- dass die Begünstigten über die EFRE-Nebenbestimmungen in der jeweils aktuellen Fassung informiert sind und diese einhalten,

- dass die kofinanzierten Wirtschaftsgüter und Dienstleistungen geliefert bzw. erbracht wurden und die vom Begünstigten geltend gemachten Ausgaben tatsächlich und im Einklang mit den geltenden Rechtsvorschriften getätigt wurden. Hierzu sind entsprechend dem in der Beschreibung der Aufgaben und Verfahren in Bezug auf die Verwaltungs- und Bescheinigungsbehörde des Programms Ziel ETZ 2014 – 2020 festgelegten Umfang Ausgabenprüfungen sowie Vor-Ort-Kontrollen einzelner Vorhaben durchzuführen,
- dass alle auf Einzelprojektebene relevanten Unterlagen aktuell, vollständig und korrekt geführt und bis zum 31.12.2027 (vgl. Art. 140 Abs. 1 der VO (EU) Nr. 1301/2013 in Verbindung mit den Ausführungen unter Kapitel 2.3.2.1 der Beschreibung der Aufgaben und Verfahren in Bezug auf die Verwaltungs- und Bescheinigungsbehörde des Programms Ziel ETZ 2014 – 2020 (im Folgenden „BAV“) sicher aufbewahrt werden,
- dass wie unter Kapitel 2.2.1 der BAV festgehalten die für das Berichtswesen und Monitoring der Verwaltungsbehörde sowie für Evaluationen erforderlichen Daten zur Verfügung gestellt werden und dass – für den Fall der Dezentralisierung – alle erforderlichen Daten zur Projekteinplanung und zum Rahmenvertrag (für das Gesamtprojekt) in das elektronische Monitoringsystem eingegeben sowie wesentliche Änderungen des bayerischen Projektteils (Änderungsbescheide, Verwendungsnachweise) fortgeschrieben werden und
- dass die Richtigkeit der Angaben des Begünstigten, z.B. hinsichtlich der geltend gemachten Ausgaben, der Umsetzung / Fortschritte des Projekts entsprechend der Genehmigung, der Übereinstimmung des Projekts mit den geltenden Rechtsvorschriften (EU-Vorschriften und nationale Vorschriften) überprüft wird.

Außerdem hat die Regierung der Oberpfalz als zwischengeschaltete Stelle insbesondere

- der Verwaltungsbehörde, der Bescheinigungsbehörde, der Prüfbehörde und der Europäischen Kommission sowie dem Europäischen Rechnungshof Zugang bzw. Einblick in alle für das Projekt relevanten Unterlagen zu verschaffen und dafür Sorge zu tragen, dass Unterlagen, die auf der Ebene des Begünstigten verfügbar sind, gleichfalls bei Bedarf eingesehen werden können,

- über das Gemeinsame Sekretariat, die Bescheinigungsbehörde, die Verwaltungsbehörde und ggf. die für das Gesamtprojekt zuständige mittelbindende Stelle umgehend über eingeleitete Rückforderungsverfahren zu informieren,
- bei Verstößen gegen nationale oder Gemeinschaftsbestimmungen die Prüfbehörde die Bescheinigungsbehörde und die Verwaltungsbehörde über die aufgetretenen Unregelmäßigkeiten zu informieren und
- die vom bayerischen Projektpartner eingereichten Erstattungsanträge entsprechend dem in der BAV festgelegten Verfahren zu bearbeiten und zu überprüfen. Dabei vergewissert sie sich wie unter Kapitel 2.2.3.7 der BAV festgehalten als ausgabenprüfende Stelle des Leadpartners, dass die Ausgaben des tschechischen Projektpartners durch die zuständige ausgabenprüfende Stelle bestätigt wurden. Mit dem unterzeichneten Mittelabruf erfolgt für das Gesamtprojekt die Bestätigung, dass die Ausgaben tatsächlich entstanden sind und für Vorhaben getätigt wurden, die nach den im Programm Ziel ETZ 2014 – 2020 geltenden Kriterien im Begleitausschuss ausgewählt wurden und im Einklang mit den einschlägigen gemeinschaftlichen und nationalen Rechtsvorschriften stehen.

Alle Prüfschritte und Prüfergebnisse sind in angemessener Weise für Dritte nachvollziehbar zu dokumentieren. Die zur Verfügung gestellten Handlungsanleitungen zur Durchführung der oben genannten Aufgaben und Pflichten und zur Festlegung ergänzender Aufgaben und Pflichten i. S. v. Art. 125 der VO (EU) Nr. 1303/2013 sind in der jeweils aktuellen Fassung verbindlich anzuwenden. Die oben aufgeführten Anforderungen können jederzeit (z. B. nach entsprechenden Vorgaben durch die EU oder Veröffentlichung neuer Programmdokumente) ergänzt werden. Geänderte Handlungsanleitungen werden durch die Verwaltungsbehörde mitgeteilt und sind dann zu beachten.

Artikel 4

Aufgaben und Befugnisse der Verwaltungsbehörde

Die Verwaltungsbehörde trägt die Gesamtverantwortung für die Umsetzung des Programms Ziel ETZ 2014 – 2020 und für die innerhalb des Programms Ziel ETZ

2014 – 2020 durchgeführten Projekte. Die Verwaltungsbehörde behält sich daher das Recht vor, Kontrollen auf der Ebene der Zwischengeschalteten Stellen und ggf. auf Projektebene durchzuführen.

Artikel 5

Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt an dem Tage in Kraft, an dem die zweite Unterschrift beigelegt wurde.

Die Vereinbarung wird in drei Ausführungen abgeschlossen. Davon verbleibt ein Exemplar beim Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie. Zwei Exemplare verbleiben bei der Regierung der Oberpfalz.

Ort: *München* Datum: *24. Oktober 2017*
.....
.....
.....

Für die Verwaltungsbehörde

Herr Ministerialrat Matthias Herderich, Leiter des Referats 52

Ort: *Regensburg* Datum: *4.12.2017*
.....
.....
.....

Für die Regierung der Oberpfalz – Sachgebiet 20 – als zwischengeschaltete Stelle

Frau Gudrun Weidmann

de